

DBM | RECHTSANWÄLTE Tauentzienstraße 11 | 10789 Berlin

**Durch Boten**

Herrn Aufsichtsratsvorsitzenden und  
Regierenden Bürgermeister von Berlin  
Klaus Wowereit  
Berliner Rathaus  
10178 Berlin

**o f f e n e r   B r i e f**

Berlin, 9. April 2014  
Aktenzeichen: 03-13-3116/me/h  
Rechtsanwalt Dr. Hans-Georg Meier  
Sekretariat: Marina Bendel

Telefon + 49 30 254591-55  
Telefax + 49 30 254591-66  
m.bendel@advocati.de

**Betr.;**     **Harald Siegle und die FBB**

Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister,

Herr Harald Siegle hat mich mit seiner Vertretung beauftragt.

Mein Mandant hat die Erwartung, dass der Aufsichtsrat unter Ihrer Leitung Ende dieser Woche Herrn Mehdorn veranlassen wird, die gegen ihn erfolgten Kündigungen zurück zu nehmen. Wie Sie wissen, hat Herr Siegle lange mündlich und schriftlich versucht, innerhalb der Berliner Flughäfen Gehör zu finden, leider vergeblich. Aus den Befragungen im BER-Untersuchungsausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses wie auch aus der aktuellen Berichterstattung zu dem Prozess gegen Herrn Rainer Schwarz resultierte immer wieder der dringende Hinweis, dass betriebsinterne sachkundige Personen es vorgeblich unterlassen hätten, sich an den Aufsichtsrat als Aufsichtsgremium zu wenden um letztlich Schaden vom Projekt, den Steuerzahlern und der drei Anteilseigner Berlin, Brandenburg und des Bundes abzuwenden. Dies hat Herr Siegle getan und wurde nun von der FBB mit zwei Kündigungen (fristlos, vorsorglich fristgerecht) belegt, obgleich ihm zuvor in mehreren Schreiben und Zeugnissen hervorragende Leistungen bescheinigt wurden. Eine Duldung dieses Vorgehens berührt u.E. unmittelbar auch die Rolle und das Selbstverständnis des Aufsichtsrates.

Nur durch die Rücknahme der Kündigungen kann ein für die Aufrichtigkeit und Informationsbereitschaft von Mitarbeitern gegenüber Aufsichtsgremien verhee-

**Rechtsanwälte und Notare**

Europa-Center  
Tauentzienstraße 11  
10789 Berlin  
Telefon +49 30 254591-0  
Telefax +49 30 254591-11  
www.advocati.de

**DBM | RECHTSANWÄLTE**

Geske &amp; Partner

AG Charlottenburg  
PR 678 B

Deutsche Bank AG  
BLZ 100 700 00  
Konto 951 20 70

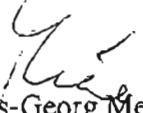
IBAN  
DE74 1007 0000 0951 2070 00  
BIC  
DEUTDE33XXX

rendes Signal vermieden und natürlich auch ein gerichtliches Verfahren überflüssig gemacht werden. Mein Auftrag richtet sich daher noch nicht auf die Einleitung eines Kündigungsschutzprozesses.

Das in solchen Fällen häufige Argument, man wolle in ein laufendes Verfahren nicht eingreifen, ist jedenfalls hier nicht überzeugend, denn die aufgeworfene Problematik ist weit mehr eine politische denn eine rechtliche: Sind schwerwiegende Fehlentwicklungen in öffentlichen Unternehmen „Geheimsache“ und „unliebsame Kritiker zu feuern“, wie die Presse es beschreibt? Will man Mitarbeiter von in öffentlicher Hand befindlichen Unternehmen, die mit Milliarden Euro-Beträgen aus Steuergeldern finanziert werden und wegen ihrer Probleme im Blickpunkt der Öffentlichkeit stehen, mit existenziellen beruflichen Maßnahmen überziehen, weil ihre in den Tatsachen unbestrittene Kritik an der Geschäftsführung (die, wiederum laut Presse, mit Kritik nicht umgehen kann) an die Öffentlichkeit gelangt?

Sehr geehrter Herr Wowereit,  
als Rechtsanwalt und als politischer Bürger bitte ich Sie dringend, die Beantwortung dieser Fragen nicht nur Gerichten zu überlassen. Diese haben bereits entschieden, dass „in einer demokratischen Gesellschaft das öffentliche Interesse an Informationen über Mängel ... in einem staatlichen Unternehmen so wichtig (ist), dass es gegenüber dem Interesse dieses Unternehmens am Schutz seines Rufes und seiner Geschäftsinteressen überwiegt.“ (Heinisch ./ Bundesrepublik Deutschland – EGMR 28274/08 -). Es sollte Ihnen und dem Kollegium des Aufsichtsrates daher ein Anliegen sein, dafür zu sorgen, dass die Kündigungen zurückgenommen werden.

Mit freundlichen Grüßen  
DBM | RECHTSANWÄLTE

  
Dr. Hans-Georg Meier  
Rechtsanwalt

Verteiler  
Betriebsräte FBB  
Presse